



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 29. November 2022
Kantonsratspräsident Born Rolf

M 816 Motion Estermann Rahel und Mit. über die Vergrösserung des Regierungsrates auf sieben Mitglieder / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.

Rahel Estermann, vertreten durch Korintha Bärtsch, hält an ihrer Motion fest.

Korintha Bärtsch: Von 1863 bis 2003 bestand die Luzerner Kantonsregierung aus sieben Mitgliedern. Sieben Mitglieder, sieben Departemente, so wie in der Mehrheit der Kantone in der Schweiz. Was hat uns dazu bewegt, nach rund zwanzig Jahren mit einem Fünfergremium wieder sieben Mitglieder zu fordern, wie es 140 Jahre lang war? Es sind Gedanken zur Diversität, zum Abbild der Gesellschaft in einer repräsentativen Regierung, es ist das Stichwort der hohen Arbeitsbelastung, und es ist die Organisation der Departemente. Wie das bei Departementsreformen und dergleichen üblich ist, ist es auch in dieser Diskussion wichtig, zu abstrahieren. Wir beurteilen mit unserer Motion und ich beurteile in meinem Votum nicht die Arbeit der heutigen Regierung, sondern lediglich das vorhandene Konstrukt. Betrachten wir die heutige Organisation der Departemente. Wir haben ein Superdepartement, das den Bau, die Umwelt, die Landwirtschaft und die Wirtschaft vereint. Nicht ohne Grund beansprucht die FDP dieses Departement, seit es existiert. Hier ist eine Machtfülle vorhanden. Interessenkonflikte, zum Beispiel zwischen Umwelt und Landwirtschaft oder zwischen Umwelt und Verkehr, kommen zuhauf vor. Die Interessenabwägungen zwischen den zuständigen Dienststellen werden aber selten transparent ausgewiesen. Mit der Zuteilung der verschiedenen Departemente wie es vor 2003 war, wurde das Gleichgewicht der Macht besser austariert. Wir haben ein Gesundheits- und Sozialdepartement, verantwortlich für die Gesundheit und die sozialen Fragen, das in dieser Legislatur aufgrund zweier grosser Krisen ziemlich an die Grenzen kam. Regierungsräte sollten Zeit haben, um Strategien zu erarbeiten und weiterzuspinnen und nicht nur unzählige Dienststellen koordinieren. Eine Regierungsrätin ist drei Tage in der Woche Departementsvorsteherin und zwei Tage in der Woche Regierungsrat, an denen sie oder er sich für die Geschäfte der anderen Regierungsratsmitglieder und für die Weiterentwicklung des Kantons zu interessieren hat. Die Volksinitiative «Für eine effiziente Regierung und schlanke Verwaltung», wie die Initiative der SVP im 2001 hiess, führte dazu, dass unser Regierungsrat nur noch aus fünf Mitgliedern besteht. Das Ziel war unbestritten die Schwächung des Staates, passiert ist aber das Gegenteil. Wenn Sie oben den Kopf reduzieren, so heisst das noch lange nicht, dass es unten effizienter wird, im Gegenteil. Die Magistratin beziehungsweise der Magistrat hat nur wenig Zeit, seine Departemente straffzuhalten, was der Verwaltung viel mehr Stärke und Macht gibt. Die Kosten liessen sich übrigens auch nicht einsparen. Es ist unbestritten, auch im Feld der Politikwissenschaft, dass eine grössere Regierung auch die Gesellschaft besser abbildet. Für die G/JG-Fraktion ist es klar, dass der Kanton Luzern durch eine Regierung vertreten sein soll, die über ein

Mindestmass an demokratischer Repräsentativität und Diversität verfügt, insbesondere bezüglich Geschlecht, Vertretungen von Stadt, Agglomeration und Land sowie politischer Perspektiven und Werthaltungen. Sie kennen die Beispiele, seit acht Jahren, also seit zwei Legislaturen, haben wir kein weibliches Mitglied, keine Frau in der Regierung. Seit zwanzig Jahren ist die Stadt Luzern nicht mehr in der Regierung vertreten, auch der Raum Sursee war nur spärlich vertreten. Seit acht Jahren, also seit zwei Legislaturen, ist über ein Drittel des ganzen Kantonsrates nicht in der Regierung vertreten, Parteien sind nicht vertreten. Sie müssen nicht Musterschülerin in der Wahrscheinlichkeitsrechnung sein, um zu wissen, dass eine Vertretung dieser Menschen in einem Siebnergremium besser abgebildet werden kann. Konkordanz ist ein hohes Gut und steht für die politische Kultur in der Schweiz mit Einbezug aller politischen Kräfte sowie im Ringen und Herbeiführen eines Konsenses. Ausdiskutierte Lösungen in einer divers besetzten Regierung sind breiter abgestützt.

Mario Cozzio: Die GLP-Fraktion tat sich als Noch-Oppositionspartei sehr schwer mit diesem Vorstoss. Grundsätzlich sprechen einige Punkte für die Erhöhung auf sieben Regierungsräte, aber auch viele dagegen. Darum versuche ich, unsere Gedankengänge quasi im Pingpong-System, mit Pro und Kontra, noch ein wenig auszuführen. Der Umfang der Aufgabenbereiche und die allgemeine Arbeitslast pro Regierungsmitglied würde mit der Erhöhung auf sieben Exekutivmitglieder sicher abnehmen. Die Komplexität der Geschäfte und Dossiers nehmen eher zu als ab, das wissen wir alle. Entsprechend dürfte schon mit einer Entlastung gerechnet werden, das belegen unter anderem auch die bevölkerungsmässig kleineren Kantone wie Uri, Schwyz und Nidwalden, die aktuell sieben Personen in der Regierung haben. Betreffend Diversität sind wir hingegen skeptisch, dass eine Erhöhung automatisch auch zu mehr Diversität führt. Jede Partei hat es selbst in der Hand, wen sie zur Wahl stellt, ob Mann, Frau, Divers, mit oder ohne Migrationshintergrund, Stadt, Land usw. Das ist sowohl bei fünf oder auch bei sieben, neun und elf Regierungsmitgliedern möglich. Ob ein grundsätzliches Strukturproblem vorliegt, ist aktuell schwer beurteilbar. Grundsätzlich wäre das dann aber eine Frage der Arbeitskultur, aber auch hier bedeuten mehr Personen nicht automatisch eine Verbesserung. Anders sieht es wieder bei der Repräsentation der verschiedenen politischen Parteien aus. Wir sollten ja im Kern die Luzerner Bevölkerung abbilden, das hörten wir. Bei mehreren Mitgliedern dürfte das Majorzsystem dazu führen, dass nicht nur drei, sondern vielleicht auch vier, fünf oder sogar sechs Parteien Einsitz in der Regierung finden würden. Was hingegen wieder gegen sieben Regierungsrätinnen und -räte spricht, sind die Kosten. Die Wiedereinführung respektive die Aufteilung der Departemente würde sicher zu Folgekosten und eben auch zu Mehrkosten führen. In der aktuellen Finanzlage ist eine solche Übung entsprechend nicht unbedingt angezeigt. Unter dem Strich, und ich probiere das jetzt bewusst positiv zu verkaufen, hat die GLP-Fraktion sich ganz im Zeichen einer maximalen Diversität dazu entschieden, je nach persönlicher Gewichtung unterschiedlich und eben breit diversifiziert abzustimmen und/oder sich zu enthalten.

Irene Keller: Die FDP-Fraktion lehnt die vorliegende Motion aus folgenden Gründen ab: Erstens: Vor gut 20 Jahren hat das Luzerner Stimmvolk entschieden, den Regierungsrat von sieben auf fünf Mitglieder zu reduzieren, dies entgegen der Ablehnung durch den Regierungsrat und auch der Ablehnung des Kantonsrates. Das war doch ein starkes Zeichen der Stimmbevölkerung. Daher ist es für uns richtig, wenn der Regierungsrat schreibt, dass er sich nicht in der Rolle sieht, die eigene Struktur ändern zu wollen, sondern dies, wäre es dann wirklich gewollt, durch eine Volksinitiative geschehen müsste. Zweitens: Ausser Diskussion steht auch die Überprüfung, ob nun Kantone mit sieben oder mit fünf Mitgliedern sogenannten besser regiert würden. Auch der Vergleich der Anzahl der Kantone mit sieben oder mit fünf Mitgliedern lässt keine generellen Rückschlüsse auf irgendeine handfeste Antwort zu. Auch für unseren Kanton kann keinesfalls gesagt werden, dass die Zeit mit sieben Mitgliedern eine bessere gewesen wäre. Drittens: Die erneute Umstrukturierung hätte diverse Folgen, räumlich, personell, strukturell und auch finanziell. Alle diese Aufwände erachten wir als unnötig. Viertens: Schlussendlich kann das Ansinnen der Motion unter dem Thema «tempora mutantur», also «die Zeiten ändern sich», eingeordnet werden. Die Motion

entstand in einer Zeit, als Gerüchte an der Tagesordnung waren, alle fünf Regierungsräte würden wieder zur Wahl 2023 antreten. Unter diesem Aspekt können Begründungen und ein gewisser Unmut der Motionärin teilweise nachvollzogen werden. Nun werden aber drei Regierungsräte nicht mehr zur Wahl antreten. Sie haben den gordischen Knoten verdankenswerterweise zerschnitten. So ist es, wie der Regierungsrat in seiner Stellungnahme ausführt, Sache und Aufgabe der Parteien anzutreten oder nicht und aus ihrer Sicht geeignete Kandidatinnen und Kandidaten zu nominieren. Das passierte ja bereits, und schlussendlich liegt es dann wiederum am Stimmvolk, die Wahl zu treffen und seine Regierung zu bestimmen. Eines kann sicher gesagt werden: Nach den Wahlen wird die Regierung betreffend Diversität sicher anders aussehen als jetzt. Die FDP-Fraktion sieht keine Gründe für eine erneute Anpassung der Struktur des Regierungsrates.

Jörg Meyer: Die SP-Fraktion unterstützt diese Motion im Wissen darum, dass es bei der Beurteilung dieser Frage nicht einfach ein Richtig und ein Falsch gibt. Es gibt eine staatspolitische Sicht, auf die man eingehen kann, und es gibt eine andere Optik, ich nenne sie einmal «Buchhalteroptik». Spannend finde ich, dass der Regierungsrat in seiner Antwort selber darauf hinweist, dass es ihm eigentlich nicht zusteht, eine Beurteilung über seine eigene Zusammensetzung abzugeben, aber trotzdem zieht er dann am Schluss ein Fazit, das gut ausfällt. Es erstaunt mich aber nicht, dass sich der Regierungsrat selber gute Noten gibt. Ja, Irene Keller, die Parteien nominieren, aber Rahmenbedingungen und Strukturen machen Sachen möglich oder verhindern sie, ermöglichen mehr Variabilität oder weniger, Nominierungen hin oder her. Aber wenn es nicht «richtig» und «falsch» gibt, dann gibt es relevant und weniger relevant. Lassen Sie mich auf staatspolitisch relevante Argumente eingehen. Ja, in der Vergangenheit hatten die Regierung wie auch das Parlament wiederholt eine klare Meinung: sieben Regierungsrätinnen oder Regierungsräte sind für den Kanton Luzern besser. Bitte legen Sie mir dar, warum sich Ihre Argumente geändert haben. Es gibt eine Volksabstimmung, die relativ knapp ausfiel, die war aber vor 20 Jahren. Wir haben eine vielfältige Gesellschaft und eine vielfältigere politische Landschaft, die aufgrund der Rahmenbedingungen nicht genügend abgebildet werden kann. Ein demokratisch zwingendes Prinzip der Repräsentativität ist nicht mehr genügend einlösbar, das ist eigentlich ein Fundament unserer Demokratie. Das geht mit fünf Regierungsrätinnen oder Regierungsräten einfach nicht so gut. Die Begleitung komplexer politischer Prozesse ist anspruchsvoller geworden, die gesellschaftlichen Ansprüche an Einbezug und Kommunikation sind nur gestiegen, wir haben mehrere Projekte auch hier in diesem Rat schon diskutiert, wobei genau diese Arbeit darunter gelitten hat. Es gibt dann etwas weniger relevante Argumente in der Stellungnahme der Regierung, ich lege diese einmal in die Schublade «Buchhalteroptik». Der Aufwand ist beträchtlich, er wird grösser. Ja, unsere Demokratie muss uns einen gewissen Aufwand wert sein, und wenn wir dann in der Argumentation bei der Büromobiliarbestellung und bei den PC-Bestellungen landen, so bin ich mir wirklich nicht mehr sicher, ob man diese Fragestellung nicht etwas sehr kleingeistig beantwortet hat. Die Leistungsfähigkeit der Verwaltung könnte durch eine Umstrukturierung vorübergehend beeinträchtigt sein. Ja, dann gibt es halt drei Monate etwas Abstimmungsprobleme oder von mir aus auch sechs Monate. Wir hätten hier aber Lösungen für Jahrzehnte, und zwar staatspolitisch relevante. Sie sehen, man kann das auch als Chance sehen, ich bitte Sie, eine staatspolitische Beurteilung vorzunehmen und nicht eine aus Buchhalteroptik. Aus unserer Sicht sprechen die Gründe klar für sieben Regierungsrätinnen und –räte in Zukunft.

Daniel Rüttimann: Die Mitte-Fraktion lehnt die Motion ab. Dazu gibt es eigentlich mehrere Gründe, die der Regierungsrat in der Stellungnahme schon aufgeführt hat. Ich weise auf einige Kernpunkte. Die Basis der Fünferregierung basiert auf einem demokratischen Volksentscheid der Luzerner Bevölkerung aus dem Jahr 2002. Damals hat man sich für eine effiziente Regierung und eine schlanke Verwaltung und somit für fünf Regierungsratssitze und fünf Departemente ausgesprochen. Eine Motion wäre aus dieser Sicht auch nicht korrekt, weil sie einen Volksentscheid von vor 20 Jahren umgehen würde. Wenn schon, müsste das wiederum vom Volk mit einer Initiative so gewünscht werden. In den letzten

20 Jahren gab es in der Verwaltung viele Veränderungen, diverse interne Reorganisationen und auch Ausgliederungen. Aus Sicht der Mitte ist aktuell eine gleichmässige Verteilung der Departemente vorhanden, und die entsprechenden Verwaltungen arbeiten pflichtbewusst und gut. Ein weiterer Punkt: Seit einigen Jahren wird das neue Verwaltungsgebäude in Emmen geplant. Dieser Planung liegt die aktuell bestehende Organisationsstruktur zugrunde. Jetzt in dieser Phase solche Korrekturen und einen solchen Planungswechsel zu verlangen, wäre wohl planungstechnisch sehr herausfordernd und schwierig, auch finanzpolitisch teuer und gegenüber der Bevölkerung zum jetzigen Zeitpunkt nicht vertretbar. Der letzte Punkt: Die Frage nach der Konkordanz und der Geschlechtervertretung in den Gremien ist eine immer wiederkehrende Thematik. Gerade die Frauenfrage ist im Hinblick auf die Wahlen 2023 wieder vermehrt im Fokus. Das jedoch anhand der Anzahl der Mitglieder des Regierungsrates festzumachen, ist aus unserer Sicht kurzsichtig. Eine Vergrösserung ist noch lange keine Garantie für die Lösung einer ausgeglichenen Verteilung von Mann und Frau im Regierungsrat. Zusammengefasst unterstützt die Mitte-Fraktion die Einschätzung des Regierungsrates, eine Rückkehr zu einer Siebnerregierung würde keine Verbesserung bringen, im Gegenteil, die aktuell laufenden und geplanten Struktur- und Organisationsprozesse basieren auf einer Fünferregierung mit fünf Departementen. Die Fünferregierung im Kanton Luzern hat sich aus Sicht der Mitte-Fraktion in den letzten 20 Jahren bewährt und kann mit gutem Gewissen beibehalten werden. Die Mitte-Fraktion lehnt die Motion daher einstimmig ab.

Markus Schumacher: Ich kann mich dem Votum von Daniel Rüttimann quasi anschliessen. Es gibt nämlich aus unserer Sicht keinen ersichtlichen, fachlich fundierten Grund, den Regierungsrat wieder von fünf auf sieben Mitglieder aufzustocken, ausser es wäre ein ideologischer. Jörg Meier wollte wissen, was die Gründe für eine Meinungsänderung seit der Abstimmung seien, ich sage es Ihnen: Das heutige System ist effizient, entscheidungsfreudig und arbeitet verlässlich. Würden wir wieder auf sieben Mitglieder aufstocken, müssten wir für jeden zusätzlichen Regierungsrat wieder ein neues Departement und einen neuen Führungsstab schaffen. Das wäre nicht nur sehr teuer, sondern das wären auch wieder die alten Strukturen, und das wäre aus unserer Sicht ein Rückschritt. Der Verdacht liegt nahe, dass es hier um Parteien und/oder Frauenquoten geht und sonst um gar nichts. Ein Systemwechsel würde aber daran nichts ändern, denn es liegt bei der Nominierung durch die Parteien, diese sind zuständig, dass die entsprechenden Personen nominiert werden. Zudem muss die Qualifikation massgebend sein und nicht irgendeine Quote. Wenn es um Parteien geht, dann muss überzeugt werden. Dafür ist jede Partei mit ihrem Programm selber gegenüber dem Stimmbürger verantwortlich. Dann könnte es auch noch um die Parteienvielfalt gehen; dann kann man nur die kleineren Parteien fragen, ob es wichtig wäre oder richtig ist, dass sie in die Exekutive gewählt werden können. Wenn es also zu einem Übergewicht der grossen Parteien kommen würde, dann ist das natürlich sicher etwas, das man anschauen muss. Aber das hat man genau damals angeschaut, denn damals haben die CVP und die FDP fast gemeinsam regiert, und aus dieser Unzufriedenheit heraus ist übrigens auch die SVP entstanden. Sie musste mit Argumenten überzeugen und lange an sich arbeiten, bis sie zu einer staatstragenden Partei wurde. Oder nehmen Sie die GLP: Da drei Kandidaten neu gewählt werden können, beweist sie jetzt gerade Mut zur Kandidatur mit einer Frau als Kandidatin. Sie muss aber genauso mit Argumenten überzeugen, wie alle anderen auch. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden entscheiden, wie das in der Schweiz traditionell eben ist. Aus den dargelegten Gründen, aber auch aus finanziellen Gründen ist die Motion eindeutig abzulehnen.

Monique Frey: Es gibt zwei Hauptargumente, wieso man auf den Entscheid zurückkommen sollte, der vor über 20 Jahren vom Stimmvolk gegen unsere Vorgängerinnen und Vorgänger in diesem Rat gefällt wurde. Es geht um Demokratie und Konkordanz, und es geht um die Komplexität der Aufgaben. Für mich heisst Demokratie – eine direkte Demokratie, wie wir sie hier in der Schweiz haben – auch ein Konkordanzsystem in der Regierung. Das heisst, dass möglichst alle Akteure in den politischen Prozess eingebunden werden und der Entscheid im Konsens gesucht werden soll. Die Machtkonzentration soll

verkleinert werden, wir haben bald Wahlen, ich bin nicht sicher, ob das passiert. Ein siebenköpfiger Regierungsrat würde sehr viel mehr Möglichkeiten schaffen, dass der Parteienproporz, aber auch die Städte, Regionen und Geschlechter im Regierungsrat besser vertreten sind. Ich glaube nicht, dass ein siebenköpfiger Regierungsrat einen höheren personellen oder finanziellen Aufwand bedeutet, die Dienststellen würden gleichbleiben, es ginge um zwei neue Regierungsrätinnen und ihren Stab. Angesichts der wirtschaftlichen Lage, der Klimakrise und der steigenden Kosten stehen dem Kanton grosse Herausforderungen bevor. Die Regierungsräte sind objektiv überlastet, sie reisen immer häufiger an Sitzungen und an verschiedene Diskussionen mit anderen Kantonen, mit denen sie mit Konkordaten eingespannt sind. Die Komplexität der Geschäfte nimmt zu. Uns ist auch klar, dass es einen Projektstau gibt. Dieser hat nicht nur damit zu tun, dass man in den Departementen keine Leute findet, sondern auch damit, dass die Regierungsräte zum Teil Schwierigkeiten haben, zwischen verschiedenen Dienststellen zu vermitteln, um ein Projekt weiterzubringen. Man spricht vom Entscheid des Stimmvolks vor 20 Jahren. Auch der Entscheid, den wir jetzt in Richtung sieben Regierungsrätinnen oder Regierungsräte aufwerfen würden, würde wieder vor das Stimmvolk kommen, denn es braucht eine Änderung der Verfassung. Es gibt überhaupt kein Demokratiedefizit, wenn wir wie unsere Kolleginnen und Kollegen vor über 20 Jahren in die Richtung gehen, dass man sieben Regierungsrätinnen und Regierungsräte braucht. Wir brauchen ein System, das effizienter ist, entscheidungsfreudiger und verlässlicher arbeiten kann. Es ist gerade das Gegenteil von dem, was die SVP jetzt sagte, wir wissen, dass verschiedene Sachen nicht vorwärtskommen, und wir sind in der nächsten Zeit gefordert, und das können wir nur mit sieben Leuten erreichen.

Guido Müller: Ich melde mich als kleiner Hobbyhistoriker, nicht weil ich das gelernt oder studiert habe, sondern weil ich schon eine relativ lange Zeit überblicken und zum Teil aus eigener Erfahrung erzählen kann. Ich war damals Mitglied des Komitees «Fünf statt sieben». Wir sammelten aktiv Unterschriften, wir zählten nächtelang Unterschriften aus, wir telefonierte wie wild am Sonntagnachmittag, kratzten Unterschriften zusammen, und wir haben die Initiative zustande gebracht. Es gab eine Volksabstimmung, und das Volk hat der Initiative zugestimmt. Der Grund, weshalb wir die Unterschriftensammlung starteten, liegt vor 1999. Die Reform «Luzern '99» des Regierungsrates schlug vor, dass man das Parlament, den Kantonsrat, damals noch der Grosse Rat, von 170 auf 120 Mitglieder reduziert und den Regierungsrat von sieben auf fünf. Das ging durch, man reduzierte als Erstes das Parlament, und dann konnte sich die damalige Regierung nicht mehr daran erinnern, dass dem Volk einen zweiten Teil versprochen hatte, nämlich die Reduktion der Anzahl Regierungsratsmitglieder. Die SVP verlangte, dass der zweite Teil auch umgesetzt wird. Wenn Sie nach vorne sehen, sehen Sie, dass die Regierung heute noch ein Problem mit dem Entscheid hat, darum machte man damals ja sieben Sitze. Aber die Regierung hat sich jetzt damit abgefunden, dass es links und rechts freie Plätze hat, das ist gut so. Der Anteil der Frauen wurde diskutiert, wenn eine Frau drin war und die SVP draussen, sagte man, das Volk hat entschieden. Wenn es umgekehrt ist, heisst es ja, wir müssten am System schrauben, wir müssen schauen, dass es richtig vertreten ist. Wir haben mehrere Anläufe genommen und mit allen Parteien mehrere Gespräche geführt, um zum Beispiel den Proporz einzuführen, den Regierungsproporz, der besagt, die Parteien sollen anhand der Wählerstärke in der Regierung vertreten sein. Gerade die linken Parteien waren vehemente Gegner davon; jetzt, da sie vielleicht damit rechnen müssen, dass sie wieder nicht vertreten sind, sind sie eher Sympathisanten. Ich möchte einfach dazu aufrufen, dass Sie, die Sie von uns jetzt verlangen, dass das Parlament das ändert, ein demokratisches Recht haben; drucken Sie Unterschriftenbögen, gehen Sie auf die Strasse, machen Sie eine Initiative «Fünf auf sieben», dann gibt es eine Volksabstimmung, und dann gibt es wieder neue Voraussetzungen, dann wissen wir, woran wir sind. Aber das hier im Parlament zu kippen, ist nicht unsere Aufgabe.

Simone Brunner: Wenn ich zuhöre, habe ich das Gefühl, man begründet die Zukunft mit der Vergangenheit. Wir hatten vor 20 Jahren eine Volksabstimmung, gut, aber wenn wir

alles, was man vor 20 Jahren beschlossen hat, nicht mehr antastet, wohin gehen wir? Ich glaube, dann können wir den modernen Kanton vergessen, der hier drin allseits immer wieder propagiert wird. Mit dieser rückwärtsorientierten Argumentation habe ich effektiv meine liebe Mühe. Die Argumentation, wir haben jetzt schon ein neues Verwaltungsgebäude am Seetalplatz geplant, die Räume stehen, darum können wir jetzt nicht mehr sieben Regierungsrätinnen und Regierungsräte planen, was ist das für eine Argumentation, gerade vonseiten der Mitte-Fraktion? Auch sie fordert Shared-Desk, Homeoffice, Arbeiten im Grossraumbüro, in dem nicht mehr jede Person ihr eigenes Stübli hat und darin versteckt arbeitet, also hier gibt es schon Widersprüche in der Argumentation. Das ist ein äusserst schlechtes Argument, möchte ich einmal sagen. Dann noch ein Aspekt, der bisher nicht genannt wurde, was es auch an Vorteilen gibt, wenn man das Gremium vergrössert. Ich möchte mich hier Korintha Bärtsch anschliessen und nicht den aktuellen Regierungsrat kritisieren, sondern vorwärtsgerichtet betrachten, was sieben Regierungsrätinnen auch für eine Möglichkeit bezüglich Vereinbarkeit von Familie und Beruf hätten. Dass man vielleicht die Kinder, die kleinen oder grösseren Kinder, die man hat, nicht nur schlafend aufwachsen sieht, sondern tatsächlich auch Freizeit mit ihnen verbringen kann. Ein weiterer Punkt: Ich glaube wir möchten gesunde, fitte, ausgeschlafene Regierungsrätinnen und Regierungsräte, und ich glaube, mit dem Workload, den wir haben, ist das machbar, aber es kann gut sein, dass man noch bessere Leistungen erbringt, wenn man tatsächlich ein Stundensoll hat, das einigermaßen menschenverträglich ist. Ein Amt wie das eines Regierungsrates oder einer Regierungsrätin darf meiner Überzeugung nach auch in die Zukunft katapultiert werden. Darum unterstütze ich die Motion von Rahel Estermann mit Überzeugung.

Korintha Bärtsch: Ja genau, Simone Brunner sagte es gerade, etwas, das ich anfügen wollte, das vorher nicht mehr Platz hatte. Familie und Beruf muss möglich sein, die Zeit der Supermanager und der Superpatrons ist vorbei, das ist auch in der Wirtschaft nicht mehr so, und für meine Generation ist es immanent, dass die Vereinbarkeit von Beruf oder eben von Politik und Familie möglich sein muss. Die Arbeitsbelastung ist definitiv kleiner, wenn es ein Siebnergremium ist, als wenn es ein Fünfergremium ist.

David Roth: Ich möchte nur kurz beim Hobbyhistoriker anknüpfen, damit nicht irgendwie ein falscher Eindruck in den Protokollen entsteht, wenn künftige Historiker erscheinen. Darum lese ich Ihnen aus der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 22. Dezember 2001 einfach nur den Lead vor: «Proporz soll CVP-Macht in Luzern brechen. Die Vormachtstellung der CVP in der Luzerner Regierung mit vier von sieben Sitzen soll gemäss den veränderten Kräfteverhältnissen zugunsten der kleineren Parteien FDP, SVP, SP und Grüne gebrochen werden. Diese wollen gemeinsam den Wechsel vom Majorz zum Proporz vorantreiben.» Es gab damals auch einmal eine Auslegung, wie man die Regierung zusammensetzen soll. Damals waren wir noch weit mehr, die eine gemeinsame, gleiche Meinung hatten gegenüber dem Anteil derer mit einem kleineren Anteil, die unterdessen dort drüben sitzen. Ich glaube, das zeigt auch, dass man das gelegentlich unter anderen Gesichtspunkten wieder einmal anschauen kann und darum die Überprüfung des Ganzen sicher nicht falsch wäre. Das ist auch das Einzige, das wir heute anstossen würden, und vielleicht regt das Ihre Flexibilität ein wenig an.

Anja Meier: Vielleicht noch ein neueres Argument. Man kann feststellen, dass die Regierungsratsmitglieder teilweise auf sehr vielen Hochzeiten in Bern tanzen. Wenn mich nicht alles täuscht, ist Regierungsrat Peter zum Beispiel in mindestens vier verschiedenen kantonalen Regierungsratskonferenzen vertreten, und wenn man schon an Hochzeiten tanzt, dann bitte richtig. Wenn man die Motion erheblich erklärte, wäre das eine grosse Chance, dass man die Vernetzung und Präsenz des Kantons in Bundesbern auch viel schlagkräftiger gestalten kann. Nicht zuletzt würde auch eine Reorganisation der einzelnen Departemente Chancen für eine zeitgemässere Verwaltung bieten, da man sich zum Beispiel auch wichtigen neuen Themen wie der Digitalisierung mehr widmen kann.

Riccarda Schaller: Ich bin eine grosse Verfechterin von diversen Gremien, ich möchte auch eine Frau in diesem Regierungsrat sehen, und trotzdem glaube ich, ist ein Ausbau der Anzahl Regierungsräte nicht der Weg, der zum Ziel führt, weil ich der Überzeugung bin, dass

man mit sieben Leuten einfach eine Vergrößerung erreicht. Für mich ist es eine Art ein Schritt zurück, man schafft wieder neue Strukturen, die neue Silos und neue Schnittstellen ergeben. Der Weg, wie wir wirklich zum Ziel eines effizienten und diversen Gremiums kommen, ist aus meiner Sicht eher, dass wir in eine digitale Zusammenarbeit investieren müssen. Die Komplexität nimmt zu, aber wir bauen sie nicht ab, indem wir mehr Leute aufbauen, sondern wir bauen sie ab, indem wir anders zusammenarbeiten. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie müssen wir stärken, davon bin ich auch überzeugt. Ich bin überzeugt, dass wir sie stärken, indem wir anders zusammenarbeiten und andere Prioritäten setzen und einander auf einem anderen Weg Raum zur Zusammenarbeit geben. Zumindest ist das meine Erfahrung, und ich persönlich bin darum der Meinung, dass der Ausbau der Regierung vor allem ein Ausbau von Strukturen und nicht die Lösung von Problemen ist. Wenn wir Frauen in der Regierung wollen, dann wählen wir sie nächstes Mal, denn wir haben äusserst kompetente Frauen zur Auswahl, und ich bin ganz sicher, dass die Regierung in der nächsten Legislatur anders aussieht.

Markus Schumacher: Regierungsratskonferenzen, das ist eine Aufgabe unserer Regierungsräte, da ist man nicht einfach in irgendwelchen Gremien. Unseren aktiven Regierungsräten Unausgeschlafenheit zu unterstellen, finde ich schon etwas sehr vermessen, und eine moderne Regierung heisst für mich schlank, effizient und entscheidungsfreudig, und das ist sie.

Simone Brunner: Markus Schumacher hat mein Vorwort nicht gehört. Ich sagte, dass ich mich nicht auf den jetzigen Regierungsrat beziehe.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Die Regierung ist hellwach und hat sich erlaubt – das ist nämlich die Aufgabe bei einer Motion – ein Fazit zu ziehen und das ist unsere Haltung. Sie können heute mit dieser ausführlichen Diskussion Ihre Haltung ausdrücken. Unser Fazit ist, es gibt drei Aspekte, die organisationstheoretischen Aspekte, Silodenken oder mehr Silos, oder Effizienz. Dabei sind wir ganz klar zum Schluss gekommen, dass die fünf Departemente angemessen sind. Wenn es ein Superdepartement gibt, der Regierungsrat ist gerade abwesend, der muss eben sein Superdepartement organisieren, dann gibt es auch Möglichkeiten allenfalls eine Rejustierung der Aufgaben innerhalb der Departemente vorzunehmen. Man könnte zum Beispiel dem Justiz- und Sicherheitsdepartement einige zusätzliche Aufgaben geben, das ist jetzt eher mit einem Augenzwinkern gedacht. Ich war immer der Meinung, das Gesundheits- und Sozialdepartement sei das Superdepartement, aber ich lerne immer noch dazu. Das andere Argument nebst dem organisationstheoretischen, das wurde auch ausführlich diskutiert, es gibt eine staatspolitische Dimension, es geht um die Repräsentativität. Selbstverständlich ist hier das Majorzwahlverfahren prägend für die Zusammensetzung, es wurde ausgeführt, dass es Alternativen gäbe. Ich glaube es gibt kaum mehr Kantone, die ein Proporzwahlssystem haben, das hat alles seine Vor- und Nachteile. Es ist eine Möglichkeit, um mehr Repräsentativität in ein Gremium zu bringen, es wurde aber auch ausgeführt, dass auch eine Vergrößerung des Gremiums nicht automatisch diese Repräsentation von Stadt und Land, von Frau und Mann usw. bringt. Auch dort gibt es verschiedene Erwägungen. Zum Prozess: Sie haben den Weg über eine Motion gewählt, deshalb haben wir als Regierung das Privileg, unsere Haltung sogar als Letzte zu präsentieren. Nochmals, das ist unsere Aufgabe, und wir sind aufgrund dieser Abwägungen der Meinung, dass es keinen Mehrwert bietet, die Regierung von fünf auf sieben Mitglieder zu erweitern und empfehlen Ihnen die Ablehnung der Motion.

Der Rat lehnt die Motion mit 73 zu 33 Stimmen ab.